

## Familienpolitik im Wandel?

Vor dem Hintergrund der Krise des Sozialstaates und des demographischen Wandels wird die Notwendigkeit eines grundlegenden Richtungswechsels der deutschen Familienpolitik deutlich:

- > **Will eine Gesellschaft Kinder, muss sie potentiellen Vätern und Müttern eine Entscheidung für Nachwuchs ermöglichen.**
- > **Will eine Gesellschaft Fachkräfte, muss sie qualifizierten Müttern und Vätern den Wiedereinstieg nach der Familienphase und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.**
- > **Will eine Gesellschaft Chancengleichheit, muss sie private Aushandlungsprozesse zugunsten einer fairen Aufteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit zwischen Frauen und Männern fördern.**

Die Einführung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung für die Zeit nach der Geburt eines Kindes ist ein erster Schritt zur individuellen Absicherung von Frauen und Männern. Diese Entwicklung wurde von den Gleichstellungsbeauftragten lange gefordert.

Die Bundesregierung stärkt die Lokalen Bündnisse für Familien und Audits zu Familienfreundlichkeit für Unternehmen. Die Gleichstellungsbeauftragten in den Lokalen Bündnissen in Schleswig-Holstein stehen dafür, dass diese Form des Engagements kein symbolischer Akt bleibt.

Der Siebte Familienbericht der Bundesregierung entwirft Zukunftsszenarien bezüglich Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien. Diese Szenarien gehen über die bisher umgesetzte und angekündigte Politik hinaus und erfordern eine lebendige gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Mit einer landesweiten Kampagne zur geschlechtergerechten Familienpolitik bieten die Gleichstellungsbeauftragten hierfür ein Forum. Damit ergänzen sie ihre langjährige Arbeit in den Ausschüssen und Netzwerken ihrer jeweiligen Kommunen.

Dieser Flyer wurde Ihnen überreicht von:

Herausgeberin:



Landesarbeitsgemeinschaft  
der hauptamtlichen  
kommunalen Gleichstellungs-  
und Frauenbeauftragten  
in Schleswig-Holstein

AK Familienpolitik:  
Britta Rudolph | Stadt Husum  
Christiane Wehrmann | Stadt Elmshorn  
Beate Mönkedieck | Stadt Bad Segeberg  
Annegret Bergmann | Landeshauptstadt Kiel  
sowie  
Hanne Salzmann-Tohsche | Kreis Rendsburg-Eckernförde und  
Maren Wichmann, die für die erste Auflage  
verantwortlich zeichneten

2. überarbeitete Auflage (Stand 2007) | Auflage: 10.000

Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein

**Geschlechtergerechte  
Familienpolitik für  
Schleswig-Holstein**



Feministische Akzente setzen

## Was bedeutet geschlechtergerechte Familienpolitik?

- > Familienpolitik ist keine Frauenpolitik, aber sie ist **auch** Frauenpolitik.
- > Familienpolitik strukturiert das vermeintlich private Leben, und das betrifft Frauen in ganz besonderem Maße.

Wenn es allen Mitgliedern einer Familie gut geht, geht es auch der Familie gut. Geschlechtergerechte Familienpolitik setzt daher den Fokus auf das Wohlergehen aller Individuen:

- > des Kindes,
- > des Mannes und Vaters, nicht nur in seiner vermeintlichen Rolle als Haupternährer, sondern als Erzieher und Pfleger
- > und besonders der Frau, nicht nur in ihrer Rolle als Mutter und Pflegerin, sondern als auch Erwerbstätige.

**Familienpolitik ist bis heute die Förderung des „Ernährer- und Zuverdienerinnen-Modells“. Stark propagiert wird mittlerweile das Wohl des Kindes.**

Aber wo bleiben die Frauen?

- > Weniger Frauen entscheiden sich für Kinder.
- > Mehr Frauen entscheiden sich für weniger Kinder.
- > Frauen stellen die größte Gruppe unter den Alleinerziehenden.
- > Die Mehrheit der Mütter ist heute erwerbstätig.
- > Erwerbstätige Mütter, die in einer Partnerschaft leben, leisten den größten Part der Hausarbeit.
- > Frauen übernehmen den größten Anteil von Pflege- und Fürsorgearbeit in den unterschiedlichsten Familienmodellen.

Familienpolitik gestaltet die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Menschen ihren privaten Alltag verbringen. Sie beeinflusst Entscheidungen. Entscheidungen, die nach wie vor in erster Linie Frauen treffen und die sich für oder gegen etwas richten: Für oder gegen Kinder, für oder gegen Berufstätigkeit, für oder gegen Fürsorgearbeit, für oder gegen Teilzeitarbeit, für oder gegen Fremdbetreuung.

Die Verantwortung der Gesellschaft für jene zu sorgen, die es noch nicht oder nicht mehr selber können, also für Kinder und alte oder kranke Menschen, gilt bei uns als Privates und damit weitestgehend als Frauenaufgabe. Dies führt für viele Frauen zum Spagat zwischen Fürsorge- und Erwerbsarbeit, den sie individuell auflösen müssen.

**Das Private ist politisch. Die gesellschaftliche Verantwortung für das Aufwachsen der nächsten und die Fürsorge für die ältere Generation mit den daraus resultierenden Problemen und deren Lösungen sind keine privaten und individuellen Angelegenheiten von Erziehenden und Pflegenden.**

## Eckpunkte einer geschlechtergerechten Familienpolitik

### 1| Care als Grundwert

**Care, d.h. Fürsorgearbeit, ist für unser aller Leben genauso bedeutend wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und gehört deshalb als Grundwert in die Verfassung.**

- > Erwerbsarbeit und Fürsorgearbeit müssen gerecht zwischen Männern und Frauen verteilt und finanziert werden.
- > Betreuungs- und Erziehungsarbeiten müssen geschlechtergerecht zwischen Vätern und Müttern / Söhnen und Töchtern verteilt werden.
- > Das Betreuungsnetzwerk für zu Pflegende z.B. für Ältere und Menschen mit Handicaps muss erweitert und qualitativ verbessert werden.

### 2| Eigenständige Existenzsicherung für Frauen, Männer und Kinder

**Die individuelle Absicherung jedes Menschen ist die Grundlage für Freiheit und Solidarität.**

- > Das Ernährer- und Zuverdienerinnen-Modell muss überwunden werden, das Ehegattensplitting durch die Einführung der Individualbesteuerung abgelöst werden.
- > Ein existenzsicherndes Grundeinkommen sollte durch die Einführung von Mindesteinkommen und einer Grundrente vorbereitet werden.

### 3| Eine bessere Infrastruktur für Familien vor Ort – eine neue kommunale Herausforderung

**Neben Bund und Land sind Kommunen in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für die Entscheidung von Frauen und Männern für ein Leben mit Kindern bzw. verschiedenen Generationen zu schaffen.**

- > Ganztagsbetreuungseinrichtungen und gebundene Ganztagschulen sind Lern-Orte für Mädchen und Jungen und bieten Müttern und Vätern die Möglichkeit einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Kostenfreiheit der Betreuungsangebote ist das Ziel.
- > Die berufliche und gesellschaftliche Stellung und Entlohnung des pädagogischen und pflegerischen Personals ist neu zu bewerten.
- > Es müssen qualitativ hochwertige Begegnungsangebote für weibliche und männliche Jugendliche bestehen.
- > Pflegende Angehörige sind durch Unterstützungsstrukturen zu entlasten.
- > Eine verantwortliche lokale Zeitpolitik entwickelt mit den Zeittaktgebern (Behörden, Geschäften u.s.w.) ideale Lösungen und verhindert grenzenlose Flexibilisierung und damit Unplanbarkeit.
- > Ein bedarfsgerechter ÖPNV und ein sicheres Fuß- und Radwegenetz gewährleisten die notwendige Mobilität.

### 4| Mehr Zeit für Familie

**Zeit für Familie heißt nicht nur freie Zeit für Familienleben sondern auch mehr Zeit, sich in seinem Leben für Familie zu entscheiden und berufliche Entwicklungen offen zu lassen.**

- > Wie im Siebten Familienbericht der Bundesregierung angeregt, gilt es den starren deutschen Lebensverlauf aufzuheben: Schule – Ausbildung – Beruf – Rente lassen wenig Raum für Entwicklungen und ein zu kleines Zeitfenster für den Kinderwunsch.
- > Mit einer verbindlichen Regelung über Freistellungen für Care, soziales Engagement oder Fortbildung werden Familienphasen von Ausfallzeiten zu Qualifizierungszeiten aufgewertet und damit für Frauen und Männer selbstverständlich.
- > Berufsanreicherungsmodelle eröffnen Perspektiven und Zeitfenster vor allem für bisher eher frauentypische Arbeitsbereiche ohne Aufstiegschancen.
- > Altersgrenzen im Zusammenhang mit Erwerbs(Wieder)einstieg sollten weitestgehend aufgehoben werden. Dies entspricht auch dem Grundsatz des lebenslangen Lernens.

### 5| Für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt

**Die Balance zwischen Arbeits- und Familienleben ist eine Schlüsselfrage für Frauen und Männer.**

- > Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen mit neuen Bewertungssystemen beseitigt werden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit werden. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in weibliche und männliche Berufsbilder geteilt, wobei die typischen Frauenberufe im fürsorglichen Bereich gegenüber typischen Männerberufen geringer entlohnt und damit diskriminiert werden.
- > Betriebe sollen ihren Teil der gesellschaftlichen Verantwortung für jetzige und nachwachsende Generationen übernehmen. Eine familienfreundliche Personalpolitik muss so gestaltet sein, dass nicht zwangsläufig die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern erfolgt. Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungsarbeit müssen geschaffen werden, denn sie sind rentabel. Flexible Arbeitszeitmodelle sind notwendig.
- > Die Betriebe müssen die Bedürfnisse aktiver Vaterschaft ernst nehmen und fördern. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit werden nicht nur Frauen und Müttern angeboten.
- > Unterbrechungen der Erwerbszeiten werden möglichst gering gehalten.